

# Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Was Severing jetzt entdeckt hat

## Nazi - Putschrüstungen

Eine „Aktion“ des preußischen Innenministers

Der preußische Innenminister Severing veröffentlicht eine amtliche Darstellung, die den Nachweis führt, daß die Nationalsozialisten allenthalben zur gewaltsamen Machtergreifung rüsten. Wir bringen diese Denkschrift auf der zweiten Seite. Sie steht in schreiendem Kontrast zu dem Jubelgeheul der SPD-Presse, die mit dem 13. März den Faschismus geschlagen wähnt.

Von dem vielgerühmten „eisernen Besen“ des Ministers Severing hat man trotz alledem noch nichts gespürt. Die einzige positive Maßnahme, die er bisher durchgeführt hat, waren Haussuchungen, die im Lauf des Donnerstags bei den Nazi-Geschäftsstellen in Preußen stattgefunden haben. Handelte es sich um Enthüllungen über eine kommunistische Organisation, so wäre prompt ein Verbot erfolgt!

### Trügerischer Alarm

Will Schaber

Seltsame Wege ist der sozialdemokratische „Kampf“ gegen den Faschismus gegangen. Als die nationalsozialistische Bewegung noch in ihren Anfängen stand, sah die SPD in der Hakenkreuz-Partei fast nur die antisemitische Wurzel. Nachdem die Septemberwahlen des Jahres 1930 das lawinenhafte parlamentarische Anwachsen der Hitlerscharen gebracht hatten, bewertete die SPD-Führung dieses unerwartete Resultat als den Ausdruck einer „Katastrophenstimmung“: sie sah auch plötzlich die zunehmende Verelendung kleinbürgerlicher Schichten als eine wichtige Triebkraft des Nationalsozialismus. Sie wertete das Hakenkreuz nunmehr gewissermaßen als das Symbol eines verfälschten Sozialismus, dessen Anhänger zu einem späteren Zeitpunkt doch einmal in das Lager des echten Sozialismus abwandern müßten. Und die SPD fuhr fort, die Kampagne gegen den Nationalsozialismus mit völlig unmarxistischen Analysen und Methoden zu führen. Mit psychologischen Mätzchen glossierte man in der Presse und in den Versammlungen die Führerideologie der Hakenkreuzler; mit kleinen agitatorischen Scharlatanerien hoffte man den Gegner entscheidend dezimieren zu können. Noch im Juni 1931 ließ die Werbeabteilung des sozialdemokratischen Parteivorstandes ein dickleibiges Referentenmaterial unter dem Stichwort „Zeugnisse über das persönliche Verhalten von Nationalsozialisten“ erscheinen: hier wurden emsig und korrekt alle Fälle registriert, in denen prominente und halbprominente Nationalsozialisten wegen Diebstahls, Sittlichkeitsverbrechens, Abtreibung, Unterschlagung, Erpressung bestraft worden waren. So wurde und wird von der Sozialdemokratie der Kampf gegen den Faschismus geführt — und er kann von ihr gar nicht anders geführt werden. Denn eine wirkliche kämpferische Offensive gegen die Faschisten müßte die Sozialdemokratie zu einer radikalen Aenderung ihres Gesamtkurses veranlassen.

Wird nämlich der Faschismus als das gewertet, was er tatsächlich ist: die letzte Reserve des niedergehenden Monopolkapitals gegen das Proletariat, so folgt daraus, daß jede Hilfsstellung für das Monopolkapital gleichbedeutend ist mit einer Hilfsstellung für Hitler. Nicht nur die Tolerierung der Brüning-Regierung, sondern die Gesamtperspektive sozialdemokratischer Politik muß objektiv zu einer Stärkung der faschistischen Kräfte führen. Jeder Tag, der die bürgerliche Klassendiktatur weiter an der Macht sieht, rückt die Gefahr der faschistischen Machtergreifung näher. Einmal wird es

## Zum letzten Schlag

Vernichtung der Arbeitslosenversicherung angekündigt

In der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels hat der ehemalige Staatssekretär der Reichsfinanzen Prof. Popitz, in einem Vortrag über den Finanzausgleich offen die Forderung ausgesprochen:

die Arbeitslosenversicherung muß verschwinden und durch eine reine Fürsorge mit Bedürftigkeitsprüfung ersetzt werden.

Diese Prüfung sollen die Gemeinden durchführen, da sie am meisten durch die Lasten getroffen und am sorgfältigsten auf Ersparnisse sehen würden. Darüber hinaus aber sollen die Arbeitsämter den Arbeitswillen prüfen (!), damit „Arbeitswillige“ auch bei nachgewiesener Bedürftigkeit nichts bekommen.

Hierher passen auch die von Tiburtius, dem Leiter der Hauptgemeinschaft, geäußerten Ansichten:

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm ist zur Vermeidung zusätzlicher Notenausgabe durch Abgabe von Waren — Lebensmittel, Kleider usw. — an die Arbeitslosen zu fördern. Durch Arbeitsdienstpflicht soll die Wohlfahrt entlastet werden.

Die Zusammenhänge zwischen den bekannten Regierungsplänen und diesen Forderungen sind zu klar, als daß man sie in der Arbeiterschaft übersehen könnte. Arbeitsdienstpflicht und Prüfung des Arbeitswillens sind nur andere Ausdrucksformen desselben Begriffes. Die Wege von Tiburtius über Regierungsrat Michel im Reichswirtschaftsministerium, den Vater der Mittelstandsnotverordnung vom 9. März, zur Regierung sind nicht weiter als die des Herrn Popitz über das Finanzministerium.

Wenn Popitz heute auch nicht amtiert, so

### Angebliche Umsturzpläne in Spanien aufgedeckt

Wie der Gouverneur von Cordoba bekanntgibt, planen die Syndikalisten und Kommunisten Ende der kommenden Woche für ganz Andalusien einen Umsturz.

ist die Fühlung- und Einflußnahme doch immer noch sehr eng, wofür schon die starke gutachtliche Tätigkeit des Herrn Professors spricht.

Man wird daher seine Ausführungen wohl als offiziös bezeichnen dürfen.

Nimmt ein Mann wie Popitz zu derart grundlegenden Fragen Stellung, so weiß das die Wilhelmstraße sicher vorher ebenso, wie sie die „Privatarbeit“ Wahlmanns vorher kannte.

Möglich, daß man mit der Durchführung bis nach den Preußenwahlen wartet. Aber schon im Mai dürfte die Arbeitslosenversicherung der Vergangenheit angehören. Jedenfalls hat die Arbeiterschaft damit zu rechnen, und muß schon jetzt die Gegenmaßnahmen treffen. Hier ist eine bedeutsame Aufgabe für das klassenbewußte revolutionäre Proletariat.

### Der Nationalismus in Fahrt

Die Aufbausung der, rein sachlich genommen, so unbedeutenden Memelaffäre hat eine der gewöhnlichen nationalistischen Heldentaten ausgelöst. Eine Fensterscheibe im Gebäude des litauischen Generalkonsulats ist eingeworfen worden. Die Hauptsache, daß etwas zertoppert wird. Wegen dieses Streiches eines dummen Jungen erfolgt natürlich prompt und felerlich durch den litauischen Gesandten Einspruch bei der Reichsregierung. Aus dem Streich des dummen Jungen wird eine hochnotpeinliche Staatsaffäre gemacht. Schließlich müssen die Herren Diplomaten ja was zu tun haben! Dazu kommt, daß der Generalkonsul, ein Reichsdeutscher, sein Amt zur Verfügung gestellt hat. Und so kann das mit Klingklanggloria weitergehen. Bis wohin? Wer weiß das im voraus? Aber wie dumm muß eine „Öffentlichkeit“ sein, die sich von solchen Kinkerlitzchen imponieren läßt!

Frau Gandhi wurde in Bardoli erneut verhaftet und zu sechs Monaten verschärftem Gefängnis verurteilt.

## Blutiger Generalstreik in Polen

Das Terror-System läßt morden

TU. Warschau, 16. März 1932.

Nach den bis Mittwochabend vorliegenden Meldungen über den eintägigen Generalstreik der privaten Arbeitnehmer in ganz Polen ist es bei Krakau und in Krakau selbst zu blutigen Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Arbeitern und Polizei gekommen. In Saibusch bei Krakau forderte die Polizei mehrere hundert Arbeiter, die vor der Starostei demonstrierten, auf, auseinanderzugehen. Als die Arbeiter eine drohende Haltung einnahmen (! Red.), machten die Polizisten von der Schußwaffe Gebrauch.

Vier Tote, sieben Schwerverletzte und viele Leichtverletzte blieben auf dem Platze.

In Krakau selbst kam es bei Auflösung eines

Demonstrationszuges durch die Polizei zu einer Schießerei. Die Demonstranten hatten einen Toten und mehrere Verletzte. Auch einige Polizisten wurden verletzt.

In Warschau, wo ein außerordentlich starkes Polizeiaufgebot jede Streikdemonstration unmöglich machte, ist es zu Ausschreitungen nicht gekommen.

In Krakau wurden im Zusammenhang mit den blutigen Zusammenstößen drei führende Sozialisten und mehrere Kommunisten festgenommen. Auch in anderen Städten, namentlich in Warschau, wo die Kommunisten wiederholt vergeblich Kundgebungen zu veranstalten suchten, erfolgten zahlreiche Verhaftungen sozialistischer und kommunistischer Streikwerber.



# Der tolle März Revolutionstage in Paris, Berlin und Wien / Geschildert von Fritz Rück

## 6. Fortsetzung.

Gegen 4 Uhr nachmittags stürmten Arbeiter das bürgerliche Zeughaus und bewaffneten sich. Der Ring von Arbeitern und Studenten um die Burg zog sich immer enger zusammen. Doch die entschlossene und zielbewußte Führung fehlte, und so schob man den Angriff wieder und wieder hinaus. Um 7 Uhr ließ die Regierung den Erlaß eines Pressegesetzes verkünden. Die Elemente unter den Studenten, die seit Beginn der Bewegung bremsen, bekamen vorübergehend wieder Oberwasser, und der Sturm unterblieb. Während so im Innern die Stadt die Stimmung zwischen energischem Vorgehen und Abwarten hin- und herschwankte, spielte sich draußen in den Vororten die blutige Unterdrückung der Proletarierhebung durch Garden und Bürgermilitär ab.

Dem Fürsten Metternich, der bereits am ersten Tage der Bewegung zurückgetreten war, wurde der Boden in Wien jetzt zu heiß. Er floh aus der Stadt. Das Geld zur Flucht streckte ihm Rothschild vor.

Auch an diesem zweiten Tage wurde die Hauptforderung der Bewegung nach einer Verfassung nicht erfüllt. Die anderen Zugeständnisse waren sehr zweideutiger Natur. Von der Nationalgarde waren die Arbeiter insgesamt ausgeschlossen. Als Ziel dieser Bürgerwehr wurde in der offiziellen Bekanntmachung die Aufrechterhaltung der gesetzmäßigen Ruhe und Ordnung, Schutz der Personen und des Eigentums angegeben. Zweideutig war auch die Proklamation der Preßfreiheit. Was die Regierung mit der einen Hand zögernd gab, versuchte sie mit der anderen immer wieder zurückzunehmen. Die offene Einsetzung des Militärs gegen die revolutionären Kräfte wagte die Regierung jedoch nicht. Angeblich war es der kranke Kaiser, der sich dem Verlangen seiner Umgebung nach blutiger Unterdrückung der Bewegung widersetzt mit den Worten: „Ich lasse auf das Volk nicht schießen.“ Ausschlaggebend war jedoch die Furcht und völlige Kopfflosigkeit bei Hofe, der vor den Konsequenzen des Bürgerkrieges zurückschrakte.

Der Morgen des 15. März zeigte eine im wesentlichen noch immer unentschiedene Situation. Die militärische Leitung der Nationalgarde versuchte erneut, die Studenten vor die Stadt zu senden. Diese weigerten sich und forderten stürmisch die Konstitution. Wie am Vortage wurde der Sturm auf die Burg bis in alle Einzelheiten vorbereitet. Da erschien im letzten Augenblick eine offizielle Kundmachung der Regierung, in der Preßfreiheit, die Nationalgarde und der Erlaß einer Konstitution amtlich zugestanden wurden.

### Zu früh gejubelt!

Die zu Beginn der Bewegung aufgestellten Forderungen waren von der Regierung bewilligt. In Wirklichkeit war damit fast gar nichts erreicht, denn reale Unterlagen für die Realisierung der Versprechungen waren in keiner Beziehung gegeben. Trotzdem war am Abend des 15. März die gesamte Wiener Bevölkerung begeistert und voll überschäumenden Jubels. Sie wiegte sich in der Illusion, ein neues Zeitalter sei angebrochen. Ein lebendiges Bild dieses Abends, der den Honigmond der revolutionären Bewegung krönte und abschloß, gibt der Student Pichler in folgender Schilderung: „Die Häuser waren beleuchtet, viele Fenster schön und sinnvoll mit Lichtgemälden verziert, über der ganzen Stadt spielte feenhafter Schimmer und Glanz. Wo wir uns hinwandten, wurden wir mit grenzenlosem Enthusiasmus begrüßt. Ich habe Greise Freudentränen weinen sehen, alles neigte sich vor uns Studenten wie vor Fürsten. Ueberall und überall lautes Lebehoch aus tausend Kehlen. . . Wir hatten das stolze Bewußtsein, ein neues Blatt der österreichischen Geschichte, der Weltgeschichte aufgeschlagen zu haben, mit unserem Blute sind die ersten Buchstaben auf diesem Blatte geschrieben. Wir durften damals eine großartige Entwicklung hoffen, da die edelsten Güter eines Volkes errungen waren; wir hatten ein Vaterland, wert, dafür zu streiten und zu fallen, wenn es das Verhängnis fordern sollte.“

### Die Flucht des Kaisers

In diesen feurigen Wein der Begeisterung wurde durch die emsige Arbeit der Konterrevolution, die bereits am nächsten Tage ihre Gegenwinde legte, mancher bittere Tropfen Wermuth gegossen.

Charakteristisch für die Situation Ende März war, daß an der Stelle des gestürzten Metternich Windischgrätz stand. Der abolutistische Minister war durch den stockreaktionären Kommisknopf ersetzt. Die Haupt-

beschäftigung der Nationalgarde war, mit Füsilierungen und Verhaftungen die Vorstädte zu beruhigen. Bei den Studenten war der Rausch vom 15. März verfliegen. Von oben herab proklamierte man Vertrauen in die Regierung und die Notwendigkeit des Tages.

Im April erschien der Entwurf einer sog. Verfassung, die ein elendes reaktionäres Machwerk darstellte. Ihr folgte am 11. Mai ein Wahlgesetz, vorgesehen waren zwei Kammern, die Arbeiter waren von vornherein aus beiden ausgeschlossen. Bezeichnend für die Einstellung eines großen Teiles des Bürgertums ist, daß das aus Vertrauensmännern der Nationalgarde und der studentischen Legion gebildete Zentralkomitee einen Antrag des Legionärs Mannheimer ablehnte, der den Arbeitern das Wahlrecht erhalten sollte.

Die Existenz des Zentralkomitees wurde der Ausgangspunkt zu neuen Zuspitzungen der Lage in Wien im Mai. Am 13. Mai verordnete die Regierung die Auflösung des Zentralkomitees, da sie kein Organ dulden wollte, in dem politische Fragen erörtert wurden. Die Haltung des Zentralkomitees selbst gegenüber dieser Provokation der Regierung war

schwächlich. Um so energischer traten die Studenten auf den Plan, die längst durch die Art, wie die Versprechungen des 15. März ausgeführt wurden, von der Notwendigkeit schärferen Auftretens gegenüber der täglich frecher werdenden Reaktion überzeugt waren. Bewaffnet und mit scharfen Patronen ausgerüstet, trat die studentische Legion auf dem Universitätsplatz an, die Arbeiter vor den Toren schickten Abgesandte, um der Bewegung ihre Unterstützung zuzusagen. Ein riesiger Demonstrationzug bewegte sich durch die innere Stadt. Das Militär schritt nicht ein. Es war nicht mehr zuverlässig für die Regierung, die an die Stelle Metternichs getreten war, während sich außer den papierenen Versprechungen sonst noch nichts geändert hatte.

Auch der Bewegung vom 13. Mai gab der Anmarsch und die kampflustige Haltung der Arbeitermassen ihren stürmischen, unwiderstehlichen Charakter. In der Nacht vom 13. auf 14. Mai bewilligte die Regierung die Forderungen des Volkes: 1. Zurücknahme der Auflösung des Zentralkomitees, 2. Bewilligung aller eingereichten Petitionen, 3. Abänderung des Wahlgesetzes, 4. Einberufung einer

Kammer zur ersten konstituierenden Reichsversammlung, 5. Wahlen ohne Zensus.

Am Abend des 16. Mai erschien eine kaiserliche Proklamation mit den gemachten Zugeständnissen. In der folgenden Nacht jedoch entzog sich der Kaiser durch die Flucht nach Innsbruck der allzu stürmischen Zuneigung der revolutionären Wiener Bevölkerung.

Ein abwechslungsreicher Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution begann, der mit der Einnahme von Wien im Oktober durch die Armee des Fürsten Windischgrätz, nach einem mehrtägigen blutigen Kampfe, einen vorläufigen Abschluß fand.

Hinwegwischen konnte der Sieg der Konterrevolution im Herbst des Jahres 1848 nicht, was der Sturm im März und die Auseinandersetzung der Klassen den ganzen Sommer durch auf die Tagesordnung der Geschichte gestellt hatten. Die Habsburger Monarchie, die hinter den Bajonetten der Soldateska in Wien ihren Einzug hielt, war eine andere als die des Kaisers, der im Mai seine „getreuen Wiener“ bei Nacht und Nebel verließ

(Weitere Artikel folgen.)

## Acht Kumpels im brennenden Schacht

Brüx, 17. März 1932.

Im Kohinoorschacht der Brucher Kohlen-Bergwerks-A.-G. in Bruch, einer der größten Gruben des nordwestböhmisches Braunkohlenreviers, entstand in der Nacht zum Mittwoch in dem etwa 350 Meter tief gelegenen Nordostrevier ein Brand, der sich mit großer Schnelligkeit ausbreitete. Die bei den Absperrungsarbeiten beschäftigten Arbeiter — da am Dienstag nicht gefördert wurde, war nur die Grubensicherungsmannschaft im Schachte — wurden von dem sich langsam ansammelnden Kohlenoxydgas betäubt. Gerade in diesem kritischen Augenblick fuhr die ablösende Belegschaft ein, die sofort die Rettungsarbeiten begann. Bis auf acht Mann, denen der Rückweg infolge Vergasung der Strecken abgeschnitten war, konnten alle Bergleute gerettet werden. Etwa zwanzig von ihnen hatten bereits Gasvergiftungen erlitten. Sie wurden aus dem Revier getragen und sofort ärztlich behandelt, so daß sie bereits außer Gefahr sind. Die noch eingeschlossenen acht Bergleute konnten, obwohl sofort mit Gas- und Rauchmasken sowie Atmungsapparaten ausgerüstete Rettungsmannschaften zu Hilfe eilten, noch nicht geborgen werden. Nach zwei aufeinanderfolgenden kleineren Gasexplosionen kam von ihnen die telefonische Meldung, daß sie versuchen würden, zu einem Wetterschacht zu flüchten. Die Rettungsmannschaften konnten aber infolge der herrschenden Hitze, welche die Gummibestandteile der Gasmasken zerstörte, zu den eingeschlossenen nicht vordringen. Seither ist von den Vermißten kein Lebenszeichen mehr zu erlangen gewesen, obwohl verschiedene Versuche gemacht wurden, mit ihnen in Verbindung zu treten.

Die Rettungsarbeiten werden ohne Unterbrechung fortgesetzt, jedoch wird von Stunde zu Stunde die Hoffnung geringer, die Einschlossenen bergen zu können.

## Zum Fall Lecomte und Clement Thomas

Der Morgen des 18. März ist da. Das Volk von Paris durchzieht die Straßen, überschwemmt die Stadt in Massen.

„Es lebe die Kommune!“ Die rote Fahne weht voran. Die Begeisterung steigt. Den Truppen, die sich den Revolutionären entgegenstellen wollen — Söldner der Kapitalistenregierung Thiers' — schreien sie zu: Soldaten, Brüder, ihr wollt uns, Eure Volksgenossen, im Namen Eurer Schandgeneräle massakrieren und niedermetzeln? Die Soldaten werfen die Gewehre weg — man umarmt und verbrüdernd sich.

„Sofort schießen, ihr Feiglinge und Verräter,“ brüllt die Stimme eines Obersten, und als er merkt, daß seine Truppen ihm nicht mehr gehorchen, es nicht über sich bringen, auf ihre eigenen Klassen- und Volksgenossen zu schießen, ergreift er selbst das Gewehr, zielt in die Menge und trifft. Im selben Augenblick stürzt er selbst, von mehreren Kugeln getroffen, zu Boden.

General Lecomte gibt ebenfalls den Befehl, in die Menge zu feuern. Empört wird er von den Nationalgardisten gefangen abgeführt. Da bemerkt das Volk plötzlich Clement Thomas, früherer Kommandant der Nationalgarde, Speichellecker Thiers', ein vielgehafter Mann. Man verhaftet auch ihn und nimmt ihn gleichfalls gefangen. Die Menge stürmt das Wachlokal, in dem sich die Generale befinden. Sie läßt sich nicht mehr halten. Wieviel Morde und Greuelthaten haben diese Beiden zu verzeichnen! Ein einziger Schrei ertönt: Wir fordern sofortige Hinrichtung.

Man stellt die Beiden an die Mauer. Sie werden von ihren eigenen Soldaten erschossen.

Diese Tat, hervorgegangen aus dem revolutionären Willen und der revolutionären

Macht des Volkes, dient allen Angreifern der französischen Kommune als Hauptargument und wird immer wieder als entsetzliche Greuelthat angeführt. Diesen Vorwurf hat Marx in seinem „Bürgerkrieg in Frankreich“, dem grandiosen Dokument jener Zeit, in wenigen Sätzen treffend und klar widerlegt:

„Vom 18. März bis zum Eindringen der Versailler Truppen in Paris blieb die proletarische Revolution so rein von allen den Gewalttaten, von denen die Revolutionen und noch mehr die Konterrevolutionen der „höheren Klassen“ strotzen, daß die Gegner keine anderen Handhaben für ihre Entrüstung finden, als die Hinrichtung der Generale Lecomte und Clement Thomas und den Zusammenstoß auf der Place Vendôme. Einer der bonapartistischen Offiziere, der bei dem nächtlichen Ueberfall auf Montmartre eine Rolle spielte, General Lecomte, hatte viermal dem 88. Linienregiment befohlen, auf einen unbewaffneten Haufen in der Place Pigale zu feuern; als die Truppen sich weigerten, schimpfte er sie wütend aus. Statt Weiber und Kinder zu erschießen, erschossen seinen eigenen Leute ihn selbst. Die eingewurzelten Gewohnheiten, die den Soldaten unter der Zucht der Feinde der Arbeiter beigebracht worden, verlieren sich selbstredend nicht in demselben Augenblick, wo die Soldaten zu den Arbeitern übergehen. Dieselben Leute richteten auch Clement Thomas hin.“

H. K.

### Freitod eines Sextaners

Vater folgt dem Sohn

Waldenburg (Schlesien), 17. März 1932.

Der elfjährige Sohn eines Drogisten, ein Sextaner, erschoss sich mit dem Revolver seines Vaters, weil er nicht versetzt werden sollte. Sein Vater schoß sich aus Verzweiflung über den Tod seines Kindes ebenfalls eine Kugel in den Kopf. Er wurde sofort in das Knappschafts-lazarett geschafft, starb aber während der Operation.

### Frauen verhungern in Hindenburgs Reich

Eine Polizeistreife fand am Mittwochmittag im Schloßpark Friedrichsfelde eine bewußtlose Frau auf und veranlaßte ihre Aufnahme in das Hubertuskrankenhaus. Der Arzt hat ungenügende Ernährung festgestellt. Die Frau wird zur Pflege einige Tage im Krankenhaus behalten werden.

### Die Frauen in der Sowjetunion

In der Sowjetunion sind jetzt rund sechs Millionen Frauen berufstätig, gegen 2,4 Millionen im Jahre 1923. Ueber die Beteiligung der Frauen am öffentlichen Leben unterrichten folgende Zahlen: 323 000 Frauen gehören der Kommunistischen Partei und etwa 1,5 Millionen dem Kommunistischen Jugendverband an. Die Gewerkschaften haben 4½ Millionen weibliche Mitglieder.

### Vera Skoronel

schwer erkrankt

Die bekannte Berliner Tänzerin Vera Skoronel ist an einer ganz seltenen Blutzersetzungskrankheit lebensgefährlich erkrankt. Am Mittwoch wurde eine Bluttransfusion vorgenommen, mit deren Hilfe man die Künstlerin am Leben zu erhalten hofft.

### Wieder ein Lahusen-Rittergut unter dem Hammer

Wittstock a. Dosse, 17. März 1932

Nach der erst kürzlich erfolgten Zwangsversteigerung des Lahusenschen Rittergutes Fretzdorf wird nunmehr auch das bei Fretzdorf (Ostprignitz) in der Mecklenburg-Schwerinschen Enklave gelegene Alodialgut Hof Rossow vor dem Amtsgericht in Röbel zwangsversteigert. Das Gut ist auf den Namen des aus dem Nordwolle-Skandal bekanntgewordenen Kaufmanns Georg Karl Lahusen, Bremen, eingetragen und 1543 ha groß. Es gehören dazu zwölf Büdnereien.

### Drei Kinder verbrannt

Paris, 17. März 1932.

Ein Jahrmarktswagen, der sich bei Montargis befindet, ist am Mittwoch in Brand geraten. Die Frau des Wagenbesitzers war gerade weggegangen, um Einkäufe zu machen, und hatte ihre fünf Kinder, von denen das älteste acht Jahre alt ist, zurückgelassen. Auscheinend haben die Kinder mit Streichhölzern gespielt, denn kurze Zeit darauf stand der Wagen in Flammen. Während zwei Kinder sich retten konnten, sind die drei anderen im Alter von ein, vier und sieben Jahren verbrannt.



## SAP stößt vor

Nach einem Referat des Genossen Elsner, Hamburg, vor Vertretern des Ortsausschusses vom ADGB wurde in Reinfeld (Holstein) ein Ortsverein der Sozialistischen Arbeiterpartei gegründet. Vorsitzender ist der Genosse Hehr. Bock, welcher auch Vorsitzender des Bau-gewerksbundes ist. Der Genosse Parduhn, Mitglied des Kreis-tages Stormarn und Mitglied des Magistrats, ist aus der SPD ausgetreten und zur SAP übergetreten. Da weitere Über-tritte erfolgen werden, ist damit zu rechnen, daß der Ortsverein zum Sammelpunkt der Arbeiterschaft in Reinfeld wird.

Die KPD hat auch in Reinfeld gezeigt, daß sie alles daran setzt, die wirkliche Einheits-front der Arbeiterschaft zu sabotieren. Hier hatte sich die gesamte Arbeiterschaft zu einer großen Versammlung eingefunden, in deren Verlauf beschlossen wurde, ein Sozialistisches Arbeiterkartell zu gründen. Als sich nun dieses gewählte Kartell zur ersten Sitzung zusammenfand, um über die nächsten Schritte zu beraten, kam der UBL der KPD — Bruhns — herein und verlangte das Wort. Als man ihn darauf aufmerksam machte, daß er falsch gekommen wäre, behauptete er, seine KPD-Genossen, die auch anwesend waren, hätten ihn beauftragt. Das ging gegen die getroffenen Abmachungen, und der KPD-Genosse mußte erleben, daß die Kartellsitzung nicht eröffnet wurde. Er suchte sich dadurch zu rächen, daß er persönliche Angriffe auf einzelne Genossen richtete und provozierend auftrat. Das nützte ihm aber alles nichts. Nachträglich hat er dann einen Schmutzartikel in der „Nord-deutschen Zeitung“ veröffentlicht, der ihn in seiner ganzen Größe zeigte. Als einige Tage darauf die hiesigen KPD-Genossen doch wieder in das Kartell wollten, kam Diktator Bruhns ganz aus dem Häuschen. Er hat dann sofort eine KPD-Versammlung einberufen und seinen Ortsvereinsvorsitzenden als konterrevolutionär bezeichnet und ihn abgesetzt.

Das zeigt die Einheitspolitik der KPD. Sobald sich die Arbeiter einig werden, fühlt die KPD-Bürokratie ihre Felle fortschwimmen. Der SPD-Parteisekretär hat dieses Theater hinterher auch gemacht. Er hat sich um-gangen gefühlt, daß man ihn nicht von dem Kartell in Kenntnis gesetzt habe, trotzdem feststeht, daß ihm eine Entschlüsselung von der Versammlung zugesichert war. Aber seine Schäflein waren auseinander gelaufen. Die Abrechnungssammlung zählte mit ihm und MDR Biester ganze 10 Mann.

Sorgen wir dafür, daß die richtige Einheitsfront der Arbeiterschaft von unten kommt!

## Auslegung der preußischen Wählerverzeichnisse

Der Preußische Innenminister veröffentlicht heute im Reichsanzeiger eine Verordnung, demzufolge die Wählerverzeichnisse für die am 24. April stattfindende Landtagswahl vom 30. März bis zum 8. April 1932 je ein-schließlich auszulegen sind.

## Neumünster

ADGB-Heldentum: 3 Mark wert. Die Nacht des wanionntags war die Nacht der Helden. Man spielte Rauwer und Soldat und lauerte wie ein Luchs auf die „Illegalität“ des Räubers. Für so viel Heldenmut verteilte der hochwohl-löbliche Ortsausschuß pro Mann und Nase 3 (in Worten: drei) Mark. Gewerkschafts-gelder, aufgebracht von den Mitgliedern trotz schwerster Belastung durch die vom ADGB-Vorstand tolerierten Notverordnungen auf solche Weise zu vergeuden, sollte den schärf-sten Protest der Mitglieder hervorrufen.

Die Kitzschpresse. Das „Heimatblatt für alle Stände“ serviert seinen Lesern eine Ge-schichte, in der von einem Anschlag auf Dr. Brüning die Rede ist. Dennoch hat Goebbels dem Reichskanzler das Leben gerettet. Es heißt da: „In größter Erregung gab Goebbels dem Staatssekretär Pünder Kenntnis, daß Kreise, die sich von der nationalsozialistischen Bewegung abgesplittert hatten, einen Anschlag auf das Leben des Reichskanzlers planten. Dr. Goebbels rief dringend, alle denkbaren Vor-sichtsmaßregeln zu ergreifen. Das mens-chliche schöne Vorgehen von Dr. Goebbels, der im Reichstag als der schärfste Gegner des Kanzlers auftrat, hat in der Wilhelmstraße sympathisch berührt.“ Mit solchem rührseligen Mist dokumentiert der „Holsteinische Courier“ seine „Überparteilichkeit“. Für euch, Ar-beiter, gibts nur eine Antwort darauf: Lest die SAZI!

## Hamburg

Märzfeier verboten. Die SAP hatte ge-meinsam mit dem Deutschen Freidenker-Verband, dem Gesamtverband Fachgruppe Staats- und Gemeindearbeiter Hamburg, der Friedengesellschaft usw. für den 20. März eine Märzgedenkenfeier vorbereitet. Die Anmeldung hierzu war bereits am 4. März erfolgt, aber die Genehmigung ließ auf sich warten. Nach wiederholter Anfrage kam endlich der Be-scheid: „nicht genehmigt“. Die Republik oder richtiger deren Organe, für die 19.0 die Arbeiter ihr Leben gelassen haben, verbietet die Gedenkenfeier am Massengrab der Opfer des Kapp-Putsches. An sogenannten Volkstraue-tagen, an Totensonntagen veranstaltet man Feiern zur Ehrung der Opfer, welche für das monarchistische System, für den imperialisti-schen Krieg gefallen sind, aber die Ehrung der Opfer, welche für die Republik gefallen sind, wird von derselben Republik verboten.

## Streiflichter aus Mitteldeutschland

Halle war ehemals die rote Hochburg der Kommunisten. Am 13. März hat die KPD gegenüber den Reichstagswahlen wieder 2600 Stimmen verloren. Hitler erhielt 38 940 und Thälmann nur 29 811. Aber daneben zeigt das Wahlergebnis eine andere beachtliche Tatsache. Duestenberg erhielt in seiner Domäne 17 395 Stimmen. Man hat ihn im Wahlkampf nicht beachtet. Gerade die KPD stellte sich ihm gegenüber blind, um hinterher festzu-stellen, daß „der zweifelhafte Erfolg, den Duestenberg infolge einer Unterschätzung“ er-reicht hat, durch „bolschewistische Selbst-kritik“ ausgemerzt werden muß. Inzwischen ist aber aus dem roten Halle ein Eldorado der Faschisten geworden. Den 30 000 kommunisti-schen Wählern stehen 56 000 faschistische gegenüber.

Für die KPD könnte dieses Resultat eine ernsthafte Lehre sein. Die Funktionäre der KPD haben inzwischen zu dem Wahlergebnis Stellung genommen. Festgelegt wurde „eine Wendung von 180 Grad auf die Betriebe“ und die noch kühnere Steigerung des Kampfes im zweiten Wahlgang bis zu „einer Massen-kampagne gegen den imperialistischen Krieg, deren Höhepunkt der 4. April sein soll, wo Ge-nosse Thälmann i Halle sprechen wird. Wir werden dem Genossen Tausende von Betriebs-arbeitern und Zehntausende von neuen Lesern für das „Rote Echo“ überreichen.“

„Tausende von Betriebsarbeitern — über-reichen.“ Man nehme das nicht wörtlich, da Thälmann die Last doch etwas zu schwer werden würde. Sehen wir von diesen Dingen ab, dann könnten die übrigen „Lehren“, die die Funktionärversammlung aus der Niederlage zog, überschrieben sein: „Es wird weiter ge-warheit.“

„Wendung auf die Betriebe“, das ist so alt wie die Mißerfolge der KPD-Führung selbst, und diese Wendungen um 180 Grad bedeuten nichts anderes als Drehungen um die eigene Achse. Da hätte die KPD ein außergewöhn-

## Peine

Die wirkliche Stärke der SAP. In der Generalversammlung der SPD-Ortsgruppe gab deren Vorsitzender Agathon den durch die Gründung der SAP entstandenen Mitglieder-verlust mit 37 Genossen bekannt. Er sagte dabei, daß ein Teil davon nicht den Weg zur SAP gegangen sei, sondern nur die günstige Gelegenheit benutzt habe, der SPD den Rücken zu kehren. Inwieweit das stimmt, entzieht sich unserer Kenntnis. Ein geradezu katastrophales Aussehen aber gewinnt Agathons Bericht, wenn man weiß, daß in Peine nicht 37, sondern bis zur Stunde 61 aktive Genossinnen und Genossen den Weg von der Sozialdemo-kratie zur Sozialistischen Arbeiterpartei ge-gangen sind. Diese 61 Genossen gewannen rund 70 bis dahin nicht organisierte Klassen-genossen für den proletarischen Klassenkampf und bauten in gemeinsamer Arbeit mit ihnen eine Ortsgruppe der SAP auf, die nach der Mitgliederstärke der SPD-Ortsgruppe wohl noch ein klein wenig unter-legen ist, diese aber an Geist und innerem Gehalt heute schon bei weitem übertrifft. Die erfolgreich begonnene Zurückführung der Peiner Arbeiterschaft auf den Boden des revolutionären Marxismus wird solange an-halten, bis auch in Peine kein einziger klassen-bewußter Arbeiter mehr jenseits der Barri-kaden steht.

In der hiesigen Ortsgruppe der KPD herrscht eine üble Bonzenwirtschaft. Wer gegen den Parteilapst Werner Kratz und seinen willenlosen Klüngel ein Wort der Kri-tik wagt, wird abgesetzt oder aus der Partei geekelt. Man versteht angesichts dieser Tat-sache, warum die KPD zum Vorsitzenden der Ortsgruppe und des sogenannten Arbeits-lohnausschusses zwei absolut unerfahrene Leute gemacht hat.

## Dresden

An der Urwahl der Parteitage delegierten, für die sieben Genossen in Vorschlag ge-bracht waren, beteiligten sich im Unterbezirk Dresden 543 Parteimitglieder. Gewählt wurden die Genossen Max Albrecht (Glaubitz) mit 366, Erich Melcher (Dresden) mit 335 und Herbert Gläser (Heidenau) mit 291 Stimmen. Die Genossen Fabian und Liebermann hatten von sich aus auf eine Kandidatur verzichtet, weil sie als Mitglied des Parteiausschusses bzw. der Programmkommission ohnehin mit beratender Stimme am Parteitag teilnehmen können.

Das Arbeitsamt Dresden erhielt von den Erwerbslosenausschüssen der Löb-nitzorte folgende Protestresolution: „Die Erwerbslosen des Arbeitsamtes „Neben-stelle Löbnitzorte“ nahmen in ihrer am Mitt-woch, dem 2. März 1932, stattgefundenen Versammlung Stellung zu den Maßnahmen und Zuständen auf dem Arbeitsamt. Wir haben schon jederzeit durch Zuschriften an das Arbeitsamt gefordert, Abhilfe zu schaffen. Durch wiederholtes Drängen der Stadt-gemeinden Radebeul und Kötzschenbroda, sowie der Erwerbslosen selbst, fand sich die Leitung des Arbeitsamtes bereit, die Zahl-tage von drei auf vier Tage zu erhöhen. Trotz-dem ist der Andrang sehr stark gewesen. Deshalb wurde noch Erweiterung der Zahl-tage gefordert, statt dessen aber wurden die Zahl-tage wiederum auf drei Tage vermindert. Nebenbei muß natürlich der Erwerbslose die Kosten dieser Umstellung tragen, denn er bekam, weil er jetzt statt Sonnabends, am Freitag Geld bekommt, nur für fünf Tage

liches Betätigungsfeld im größten Chemiewerk Deutschlands, im Leunabetrieb. Im „Bolsche-wistischen Kurs“ aber muß Wilhelm Koenen, der Bezirksleiter der KPD, die Feststellung machen, daß das Versagen der Zelle und der „roten“ Betriebsräte im Leunawerk zu einer Stärkung der Position des ehemaligen „sozial-faschistischen“ Betriebsratsvorsitzenden Walther geführt hat. Koenen behielt recht. Bei der jetzigen Wahl des Betriebsratsvorsitzenden wurde an Stelle des RGO-Vorsitzenden Möbius der Sozialdemokrat Walther gewählt. Aber „die RGO führt — — —“ immer auch.

Auf der anderen Seite, bei der „Eisernen Front“, ist das Kraftmeierium nicht weniger groß. Im Restaurationsbetrieb des Hülleschen Gewerkschaftshauses haben die „Eisernen“ einen regelrechten Altar errichtet. Ähnlich so, wie das eine Hakenkreuzjungfer vor kurzer Zeit für Adolf Hitler empfahl. Der Raum ist mit rotem Tuch ausgeschlagen, in der Mitte Friedrich Ebert und oben auf der Empore liegt das „Eiserne Buch“.

Wir sind noch schwach in Mitteldeutsch-land. „Grüne Jungens“, sagen die Parteibürokraten, und sie kennen kein Erbarmen im Kampf gegen uns. In Schkeuditz kämpfen un-sere „Kinderfreunde“ um ein Jugendheim. Sie müssen sich jetzt mit einem Gesellschafts-zimmer in einer Gastwirtschaft begnügen. Im Stadtausschuß für Jugendpflege steht der An-trag um Aufnahme unserer „Kinderfreunde“ zur Abstimmung. Er wird angenommen. Nur der Sozialdemokrat Otto Reichert stimmt dagegen.

Unser Kampf in Mitteldeutschland ist schwer. Wir werden uns durchbeißen. In Halle, Deltzsch, Schkeuditz haben wir Ver-stärkung durch die Genossen der KPD erhalten. Unsere Freunde von gestern spucken Gift und Galle. Wir gehen unseren Weg.

ausbezahlt. Wenn ihm auch dieser Tag nicht verloren geht, so mußte er doch in dieser Woche den Hungerriemen enger schnallen. Daß durch diese Umstellung sich die Verhält-nisse wesentlich verschlechtert haben, braucht nicht bemerkt zu werden. Auch bedeuten hygienisch und gesundheitlich diese menschen-unwürdigen Zustände eine große Gefahr für die Erwerbslosen. Wir Erwerbslosen ver-langen menschliche Behandlung und werden versuchen, die gesamte Öffentlichkeit für die Sache zu interessieren. Alle Gemeinde-vertretungen der Löbnitzorte fordern wir auf, auch hiergegen Verwahrung einzulegen, um Abhilfe der bestehenden Zustände zu schaf-fen. Wir veröffentlichen diesen Protest in allen Arbeiterzeitungen. Sollte die Leitung des Arbeitsamtes nicht unserer Forderung Rechnung tragen, behalten wir uns natür-lich vor, andere Instanzen und Körperschaften für unsere gerechten Forderungen in Be-wegung zu setzen. Die Erwerbslosen werden nicht eher ruhen, bis auf dem Arbeitsamt der Löbnitzorte wieder menschenwürdige Zu-stände eingeführt sind.“ Im Auftrage der Erwerbslosen der Löbnitzorte. Erwerbslosen-Ausschuß Radebeul I. A. W. Ziehn, Erwerbslo-sen-Ausschuß Kötzschenbroda I. A. K. Liebsch.

Jugendweihe. Unter starker Beteiligung der hiesigen Arbeiterschaft veranstaltete das Arbeiter-Kultur- und Sportkartell die diesjäh-rige Jugendweihe. Die Feier selbst war um-rannt von Gesang und Musik. Im Mittel-punkt stand die Feierrede des Genossen Burckhardt, Seeligstadt: „Denk daran, daß ihr Kinder der Arbeiterklasse seid, irrt nicht ab vom Weg der klaren Erkenntnis. Schließt euch einer proletarischen Organisation an. Vereinzelt seid ihr nichts, vereinigt alles.“

Der Volkschor veranstaltet Sonntag, 20. März, sein Frühjahrskonzert, 20 Uhr, Gol-dene Krone. Eintritt 20 und 60 Pfg.

## Niedersedlitz

Durch die Dummheit der Kommunisten wurde ein Nazi, der von den Kommunisten — angeblich aus „Scherz“ — vorgeschlagen worden war, zum Vorsitzenden des Erwerbslosenausschusses ge-wählt. Dieser löste dann kurzerhand die Versammlung des Erwerbslosenausschusses auf, in dem seine Wahl vorgenommen war. — Einer derartigen Leichtfertigkeit der Kommu-nisten wird jeder Arbeiter ohne Verständnis gegenüberstehen.

## Heidenau

In einer Mitgliederversammlung der Freien Turnerschaft nahm die Mitgliedschaft Stellung zur „Eisernen Front“ und faßte mit 42:2 Stimmen folgende Resolution: „Die Handball-Abteilung der „Freien Turnerschaft“ Heidenau protestiert gegen die einseitige Stellungnahme des Bundes und seiner Instanzen für die „Eiserne Front“. Wir hoffen und wünschen, daß der Bundes-Kreis- und Bezirksspielleiter uns nicht als Partei-Sportverein betrachtet und in Zukunft von derartigen Schritten, die nur zu Streit und Spaltung führen, Abstand nimmt. Wir sind für eine rote Einheitsfront des ganzen Proletariats.“

Kommenden Sonntag tritt die Freie Turner-schaft wieder mit einem Bühnenturnen in der Pestalozzischule an die Öffentlichkeit. Wir empfehlen unseren Genossen den Besuch. Be-ginn 19 Uhr. Vollarbeiter 50, Erwerbslose 25 Pfennig.

## Riesa

Eine infame Hetze wird seit seinem Über-tritt zur SAP gegen den Vorsitzenden des Frei-denkerortsgruppe von der SPD geführt, die besonders von dem kleinen SPD-Gehalts-mann Spindler ausgeht. Da man sachlichem Kampf ausweichen muß, bemüht man sich, mit großen und kleinen Unwahrheiten die Frei-denker gegen ihren Vorsitzenden aufzuheizen. Wir Genossen von der SAP verabschauen es, mit gleichen Methoden zu erwidern.

Freidenker! In der Mitgliederversammlung am 17. März wird Genosse Barthel einen Vor-trag über die Entwicklung und die Ziele der Freidenkerbewegung halten. Genosse Fischer wird einen Bericht über die Pressepolitik der „Volkszeitung“ halten.

## Leipzig

Antifaschistische Jugendversammlung. Im Gesellschaftsraum des Volkshauses spricht Dienstag, 22. März, 19.30 Uhr, Genosse Dr. Walter Fabian, Dresden, über das Thema: „Jugend, wehre dich!“ Die großen Jugendorganisationen sind zur Stellungnahme schriftlich eingeladen. Gründung einer proletarischen Jugendwehr. Un-kostenbeitrag 10 und 20 Pf.

## Wilkau

Völligen oder teilweisen Erlaß der Wasser-steuer kann der Bauausschuß dann auf Antrag hin genehmigen, wenn Gebäude oder Gebäude-teile leerstehen oder nicht mehr benutzt werden und wenn der zur Zahlung Verpflich-tete öffentliche Unterstützung bezieht oder einkommensteuerfrei ist.

Die bisherige Gemeindefürsorgerin ist am 15. März 1932 aus dem Gemeindefürsorgeamt ausgeschieden. Vom 16. März 1932 ab ist für Wilkau wieder die Bezirkspflegerin Fräulein Klein-hempel zuständig. Die Sprechstunde findet jeden Donnerstag von 7.30 bis 8.30 Uhr im alten Rathaus in Wilkau statt.

Achtung, Rentempfänger! Alle Invali-den-, Witwen-, Unfall- und Waisen-Renten-empfänger werden gebeten, den ausgefüllten Rentenzettel für Monat April 1932 zur Beglaubigung bis spätestens 20. März 1932 in den Briefkasten am Ein-gang des Rathauses Wilkau einzuworfen. Die Ausgabe der beglaubigten Zettel erfolgt in der Polizei-Wache Wilkau am Tage der Renten-auszahlung.

Für die den Kindergarten verlassenden Kinder findet Sonnabend, 19. März, 4.12 Uhr im Kindergarten, Haaraer Str. 54, eine kurze Entlassungsfeier statt, wozu die interessierten Eltern oder Erzieher herzlich eingeladen werden.

## Schneeberg

Die Stadtverordnetenversammlung, unter dem Druck der Linken einberufen, befaßte sich im wesentlichen mit der Kündigung der Arbeiter im Gaswerk durch den Stadtrat. Die Linke polemisierte scharf gegen die Anmaßung des Stadtrates. Ueber Änderung der Arbeitsver-hältnisse entscheidet nach dem Ortsgesetz das Kollegium, nicht der Stadtrat, der auf ein Schreiben des Arbeitgeberverbandes sich ver-anlaßt fühlte, den Arbeitern die Schmutz-zulage zum Stundenlohn zu nehmen. Der Be-triebsrat ließ die Sache beim Arbeitsgericht aus klären. Der Stadtrat wurde zur Nach-zahlung der Zulage verpflichtet. Die Betriebs-leitung stellte im Auftrag des Stadtrates den Arbeitern folgende Erpresserbriefe zu:

„Wir kündigen Ihnen hiermit Ihr Arbeits-verhältnis im Auftrag des Stadtrates zum 17. März 1932. Sie haben bis zum 27. Novem-ber 1931 15 Prozent Zuschlag zum Stunden-lohn erhalten und erhalten jetzt noch ... Prozent. Die bis zum 27. November 1931 ge-zahlten Lohnzuschläge haben wir wegfallen lassen. Inwieweit die jetzt noch gezahlten Lohnzuschläge künftig gezahlt werden dürfen, darüber wird noch mit dem Arbeitgeberver-band Sächsischer Gemeinden verhandelt. Das Arbeitsgericht Aue hat sich in dem Rechts-streit des Herrn Feuermann Böhm gegen die Stadtgemeinde auf den Standpunkt gestellt, daß die bloße Mitteilung über den Wegfall der Lohnzuschläge nicht genüge, sondern daß dazu das Einverständnis des Arbeitnehmers, oder die Kündigung des Arbeitsverhältnisses erforderlich sei. Für den Fall, daß sie mit dem Wegfall der bis 27. November 1931 ge-zahlten Lohnzuschläge einverstanden sind, bitten wir im Auftrage des Stadtrates, uns Ihr Einverständnis durch Unterschrift zu be-stätigen. Im anderen Falle sehen wir uns leider genötigt, im Auftrage des Stadtrates das Arbeitsverhältnis für den 17. März 1932 zu kündigen. Wir erklären uns aber schon heute bereit, nach Ablauf der Kündigung das Arbeitsverhältnis unter Wegfall jeglicher Lohnzuschläge fortzusetzen.“

Verwaltung der Gasanstalt.

Genosse Krauß sagte mit Recht, daß, von Ratsseite, in wirtschaftlichen Methoden gear-beit wird. Der Erpresserbrief und die in der Nacht vom 5. zum 6. d. Mts. tätig gewesene Ordnungspolizei (SS und SA) seien stich-haltige Beweise dafür. Schließlich wurde die widerrechtliche Kündigung der Arbeiter im Gaswerk einstimmig aufgehoben. Die Arbeitsbedingungen sollen zwischen Betriebsrat und Betriebsleitung bereinigt werden. Die Vertre-ter der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft stimmten zu, weil in allen arbeitsrechtlichen Prozessen, die die Stadt bisher gehabt hat, die Stadtkasse der Leidtragende gewesen ist. Auf eine Anfrage des Genossen Schürer (KPD), wer der SA und SS Befugnisse von Ordnungspolizei überträgt, konnte Herr Israel keine Auskunft geben, obwohl jener Nazi-beamte der Republik der Bevölkerung bestens bekannt ist. Der Ratsoberförster a. D. Heß-mann hat, so lange sich der Bewerber noch nicht gemeldet hat, es gar nicht so eilig mit der Amtsübergabe, erklärt der stellvertretende Bürgermeister Israel.



# Der Vulkan

Aufruhr in Mörfelden

Darmstadt, 17. März 1932.

Seit einiger Zeit konnten staatliche Zuschüsse für die Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützungen in Mörfelden bei Groß-Gerau nicht gewährt werden. Der kommunistische Beigeordnete Bitsch, der die Vertretung des Bürgermeisters, der infolge eines Motorradunfalls im Krankenhaus liegt, hätte übernehmen müssen, weigerte sich, den Eid auf die Verfassung zu leisten. Das Kreisamt untersagte ihm hierauf die Geschäftsführung. An seiner Stelle beauftragte das Kreisamt Groß-Gerau einen seiner Beamten mit der vorläufigen Verwaltung des Bürgermeistersamtes. Als nun der Beamte am Mittwoch in Mörfelden eintraf, hatte

eine über tausendköpfige Menge das Rathaus besetzt.

Die Menge beschimpfte den Beamten und griff ihn tätlich an. Ebenso erging es den wenigen anwesenden Gendarmenbeamten. Da auch die Fernsprecheinrichtungen durchschnitten waren, wurde auf Umwegen Polizei aus Darmstadt angefordert. Als sie eintraf, wurde sie bei dem Versuch, die Straße zu räumen, aus der Menge heraus mit Steinen beworfen und beschossen. Erst allmählich gelang es, das Rathaus zu besetzen. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die polizeilichen Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

✱

## Seines Amtes enthoben

Darmstadt, 17. März 1932.

Der Bürgermeister von Mörfelden, Zwilling, ist wegen „fortgesetzten Ungehorsams gegenüber seiner vorgesetzten Behörde“ und wegen seines agitatorischen Auftretens als Redner der KPD seines Amtes mit sofortiger Wirkung enthoben worden. — Hier greift Savering durch!

## Schüsse im Arbeitsamt

Dresden, 17. März 1932.

Ein aufsehenerregender Vorfall ereignete sich am Donnerstag kurz nach 8 Uhr vor dem Arbeitsamt. Aus bisher noch unbekanntem Grund gab ein 45 Jahre alter Meiler aus Dresden auf eine im Mittelbau des Arbeitsamtes stehende 34 Jahre alte Frau aus einem Trommelrevolver zwei Schüsse ab, dann richtete er die Waffe gegen sich selbst. Beide Personen wurden schwer verletzt in ein Krankenhaus gebracht.

## Ihr laßt den Armen schuldig werden...

Schweidnitz, 17. März 1932.

Das Schwurgericht verurteilte die 21jährige Verkäuferin Wilde aus Langenbielau wegen Kindesmord in zwei Fällen zu 3 Jahren Gefängnis. Sie war überführt und geständig, in den Jahren 1928 und 1932 ihre neugeborenen unehelichen Kinder getötet zu haben. Die Angeklagte gab an, sie sei beide Male durch Verzweiflung zu ihrer Tat veranlaßt worden.

## In Kreugers Gefolge

Neue Kapitalisten-Selbstmorde

Reval, 16. März 1932.

In Welßenstein (Estland) hat sich am Mittwoch der geschäftsführende Direktor der dortigen, dem Kreuger-Konzern angehörenden Streichholzfabrik, Margus, erhängt. Die von Margus geleitete Fabrik war früher sein Eigentum. Nach Abgabe des Zündholzmonopols an Kreuger verkaufte Margus die Fabrik gegen Aktien des Schwedentrusts. Das Fehlen dieser Papiere und die Tatsache, daß sein Gehalt als geschäftsführender Direktor nach dem Tode Kreugers um 66 v. H. gekürzt wurde, hatte für Margus, der noch eine Reihe anderer Unternehmungen besaß, finanzielle Schwierigkeiten zur Folge.

Paris, 16. März 1932.

Am Mittwoch vormittag ist in seiner Pariser Wohnung der französische Finanzmann und Bankier François de Saint Phalle plötzlich gestorben. In hiesigen Finanzkreisen ist das noch nicht bestätigte Gerücht verbreitet, daß der Bankier keines natürlichen Todes gestorben sei, sondern angeblich im Zusammenhang mit dem Tode Kreugers Selbstmord begangen habe.

## Lohnabbau auch in Frankreich

Carmaux, 17. März 1932.

Die Löhne der hiesigen Bergarbeiter werden ab 1. April herabgesetzt. Die Kürzung beträgt durchschnittlich für den Arbeiter 2,50 Francs täglich über Tage und 3,15 Francs unter Tage.

Salvador erklärt allgemeines Moratorium. Navas meldet aus San Salvador, daß die Nationalversammlung der Republik El Salvador ein allgemeines Moratorium erklärt hat.

# Die SAP rechnet ab

## Rede des Genossen Marckwald im preußischen Landtag

Berlin, 17. März 1932.

In der heutigen Landtagssitzung antwortete zunächst Ministerpräsident Braun sehr schwächlich auf die gegen die Regierung gerichteten Angriffe. Im weiteren Verlauf der Sitzung ergriff der kürzlich zur SAP übergetretene

Genosse Marckwald

das Wort zu einer Rede, in der er scharf mit der Politik der Regierung abrechnete. Wir geben im folgenden die wichtigsten Teile der Rede wieder:

Seit 13 Jahren bemüht sich die Sozialdemokratische Partei, auch in Preußen, die Arbeiterklasse das größte Uebel dadurch zu ersparen, daß sie durch die Koalitionspolitik, durch Tolerierung, durch Zustimmung zu Maßnahmen, die nach ihrer eigenen Ueberzeugung arbeiterfeindlich sind, das jeweils kleinere Uebel wählt.

Es wäre in der Tat Demagogie..., wollte ich den Elendssatz, der uns vorgelegt worden ist, darauf zurückführen, daß die Preußische Regierung die besitzenden Klassen nicht besteuern will. Es kann nur dann geholfen werden, wenn man Steuern dort nimmt, wo Geld zu holen ist, und Preußen kann das nicht tun, weil die Gesetze und Verordnungen des Reiches das verbieten.

Wir haben eine ungeheure Abnahme der Ausgaben für die Wohlfahrtspflege, für die Berufsschulen, für alle der Arbeiterklasse zugute kommenden Zwecke. Ich frage: Wo hat sich die Preußische Regierung im Reichsrat dagegen gewehrt, daß das Reich keine ausreichenden Besitzsteuern erhebt? Der Abg. Wels hat sehr richtig gesagt: „Dem Großbesitz bringt der Bürgerblock 2,5 Milliarden an Steuererleichterungen.“ Die Sozialdemokratie ging in die Reichsregierung. Von diesem Geschenk wurde nichts zurückgenommen!

Neue Geschenke an die besitzenden Klassen

Jagten einander. Wo hat sich die Sozialdemokratie im Reichstag, wo hat sich die Preußische Regierung

einen Augenblick gegen diese schwere Schädigung der Gesamtheit zur Wehr gesetzt?

Wir haben noch, so behauptet Braun, der preußische Ministerpräsident, Demokratie. Ich frage: Wo haben wir eigentlich noch Demokratie? Demokratie ist, wie der Ministerpräsident richtig sagte, Selbstverwaltung.

Wo haben wir Selbstverwaltung?

Die Preußische Regierung hat diktatorisch unter Verletzung jedes demokratischen Grundsatzes Änderungen geschaffen, die mit dem Ausgleich des Etats nicht das geringste zu tun haben. Sie hat in schwebende Verfahren eingegriffen. Sie hat das, was sie im Landtag nicht durchsetzen konnte, einfach diktatorisch angeordnet.

Ich will nur ganz flüchtig einige andere Ausgaben charakterisieren, an denen so ungeheuer gespart wird, und zeigen, wie mühe-

## Reichsgericht und Marxismus

Leipzig, 17. März 1932.

Unter Verwerfung der von der örtlichen Staatsanwaltschaft eingelegten Revision hat das Reichsgericht heute das Urteil der Großen Strafkammer des Landgerichts I Berlin bestätigt, durch das die Bundesführer des Stahlhelm, Franz Seide und Oberleutnant a. D. Duesterberg, sowie der verantwortliche Redakteur der Zeitschrift „Stahlhelm“, Wilhelm Klein, am 1. Dezember v. J. von der Anklage des Vergehens gegen das Republiksschutzgesetzes freigesprochen worden waren.

Das Strafverfahren ging auf einen am Gedenktag der Reichsgründung, dem 18. Januar v. J., in der Stahlhelm-Zeitung veröffentlichten Aufruf der beiden Bundesführer unter dem Titel „Kampf dem Zwischenreich“ zurück, in dem es hieß, das deutsche Volk lebe seit dreizehn Jahren im un deutschen Zwischenreich des bismarckfeindlichen Marxismus, das die völkischen, sittlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Grundlagen der deutschen Nation vollständig zu zerstören drohe.

In diesen Ausführungen hatte das Schöffengericht Berlin-Mitte eine Verächtlichmachung der republikanischen Staatsform im Sinne des Republiksschutzgesetzes erblickt und die drei Angeklagten zu Geldstrafen verurteilt, während das Berufungsgericht auf Grund entgegengesetzter Beweiswürdigung zu seinem jetzt vom Reichsgericht bestätigten Freispruch gelangt war. Es folgte dabei den Aussagen der Angeklagten, daß sich der Aufruf nicht gegen die deutsche Republik, sondern nur gegen die zur Herrschaft gelangte marxistische Weltanschauung richtete (!).

diese Schädigung des preußischen Volkes und namentlich der preußischen Arbeiterschaft hätte unterbleiben können. Der Kirchenetat sieht auch jetzt noch

für die Kirchen und die jüdische Religionsgemeinschaft 71 167 300 RM

vor. Früher, bis vor einigen Jahren, hat die sozialdemokratische Fraktion ihrem Programm entsprechend diese Ausgabe abgelehnt; jetzt nimmt sie sie an.

Der frühere Minister des Innern, Grzesinski, hat auf einem Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei Hessen-Nassaus im vorigen Jahre gesagt, es gäbe nur noch drei deutschnationale Landräte. Die Parteikorrespondenz der Sozialdemokraten hat angegeben, daß jetzt die Hälfte der Landräte den sogenannten republikanischen Parteien

angehört. Ja, glaubt irgendein Mensch, daß eine solche Politik eine Sicherung auch nur der Republik bedeutet?

Das Tollste von allem ist die Beseitigung der Pressefreiheit.

Selbst unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes war vom Augenblick der Ausschreibung einer Wahl bis zu ihrem Ende die Sozialdemokratie ausnahmsweise Pressefreiheit gegeben. Heute ist das Verbot von Zeitungen an der Tagesordnung. Genosse Marckwald führte hier einige der empfindlichsten Verbotsfälle an.

Ganz besonders erbittert bin ich über die Disziplinierung des Studienassessors Helms Herbera.

Dieser hat als Mitglied der sozialdemokratischen Partei vor 3 Jahren in einem Artikel im „Anderen Deutschland“ statistisch nachgewiesen, daß die Generale aller Länder im Durchschnitt sehr alt werden, und hat ausgeführt, daß man Generale eigentlich nicht als Soldaten bezeichnen könne, so wie man ja auch den Generaldirektor eines Bergwerkes nicht als Bergmann bezeichnet. Jetzt nach 3 Jahren hat die „Sozialistische Arbeiterzeitung“ diesen Artikel abgedruckt. Helms Herbers bekommt als Lehrer am Kasseler Gymnasium von seinen Schülern, seinen Kollegen und seinen Vorgesetzten das günstigste Zeugnis; es wird ihm bestätigt, daß er im Unterricht nie die kleinste Aeußerung hat fallen lassen, die man als politisch auslegen kann. Damals, als kein Sozialdemokrat Unterrichtsminister war, bekam er kein Disziplinarverfahren. Jetzt bekommt er ein Disziplinarverfahren von dem sozialdemokratischen Unterrichtsminister.

Was ich ausgeführt habe, genügt wohl, um zu beweisen, daß wir in einem

Polizeistaat

leben, schlimmer als es selbst im Königreich Preußen der Fall war. Aber man mag damit fortfahren! Denen, die das wollen, rufe ich ein Dichterwort zu, das man früher nie ohne Zustimmung in sozialdemokratischen Versammlungen ausrufen konnte:

„Ihr könnt das Wort verbieten, Ihr tötet nicht den Geist, der über eurer Lüge, ein freier Adler, kreist!“

# Giftgas-Interessenten tagen

## Landesverratsbrotze gegen die „SAZ“ — SPD-Südekum redet patriotisch

Berlin, 17. März 1932.

Am Mittwoch fand im Bürgersaal des alten Berliner Rathauses die von uns angekündigte Tagung der deutschen Gas- und Luftschutz-Interessenten statt. Die beiden einberufenden Organisationen verschmolzen sich, unter dem Protektorat des Innenwahrministers, wie in der von uns veröffentlichten ZN-Nachricht ebenfalls bereits angekündigt, zum Deutschen Luftschutz-Verband. Der gelbe Gewerkschaftsführer Geißler hielt das einleitende Referat. Er polemisierte wütend gegen unsere Zeitung, von der er sagte, daß sie „erfreulicherweise ein nur an der Peripherie erscheinendes und gelesenes Blättchen“ sei, um damit seine Befriedigung darüber auszudrücken, daß unsere Enthüllungen über die wahren Ziele der illustren Giftgamtöcher „glücklicherweise“ nicht tief in die ahnungs- und damit wehrlose Arbeiterschaft, in die schlecht unterrichteten Gewerkschaften und in das Reichsbanner, getragen werden könnten. Wir werden uns weiter bemühen, diese Giftmischerfreude zunichte zu machen. Ziemlich unverhüllt drohte Geißler der „SAZ“ mit Landesverratsverfolgung.

Der zweite Referent, der frühere Militärpharmakologe und jetzige Giftgaspezialist Hanslian, setzte dagegen nur gegen die Internationale Frauenliga für Frieden und Völkerfreiheit, sagte aus, daß „der Luftschutz ein Teil der Landesverteidigung“ sei und beteuerte, daß die Gasmaskenindustrie nicht der treibende Keil sei, sondern „leider“ erst zur Herstellung der „Volksmaske“ angehalten und

getrieben werden müsse. Die Herrschaften gaben weiter einen Teil ihrer Pläne bekannt, nach denen heute schon die ganze Zivilbevölkerung der großen Städte in „Warnungs-, Störungs- und Aufräumungs-Trupps“ eingeteilt sei. Dann sprach, stürmisch begrüßt, der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und preußische Finanzminister Albert Südekum, der sich schon während des Krieges als Agent der Obersten Heeresleitung betätigt hat und darüber hinaus bemüht war, die Gehirne der Arbeiterschaft patriotisch zu verkleistern. Er sagte etwa wörtlich das Folgende:

Der Hauptzweck „feindlicher“ Luftangriffe sei, Panik unter der hauptstädtischen Bevölkerung zu verbreiten und sie so gegen die Regierung aufzuhetzen. „Das wollen wir doch verhindern!“

Schließlich wurde, ohne daß sich Widerspruch erhob, eine Resolution angenommen, die die Regierung ersucht, die in Genf vorgeschlagene Internationalisierung der Luftfahrt abzulehnen, da Deutschland sich sonst seines besten Trumpfes begeben würde. Das Hauptziel Deutschlands bei den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz sei die Erreichung der Formel „Gleiche Sicherheit für alle“, was bedeuten soll: Gleiche Aufrüstung für alle!

Neben Vertretern der Behörden, besonders zahlreich von Reichswehr und Schupo entsandt, Abordnungen der Ärzteschaft und anderer militärischer Verbände, waren auch Vertreter der „Arbeiterwohlfahrt“ erschienen.

## Japanisch-chinesische Verhandlungen

### Chinesischer Bevollmächtigter nach Tokio abgereist

TU. Nanking, 17. März 1932.

Der besondere Bevollmächtigte der Regierung Chinas, Tai Chuan-Yen, ist nach Tokio über Schanghai abgereist, um dort mit der japanischen Regierung über die politischen Probleme Chinas und der Mandchurei zu verhandeln. Tai Chuan-Yen besitzt große Vollmachten. Er wird in Tokio Unterredungen mit Inukai und Joschisawa haben.

### Aufstände gegen das neue Regiment

Tschangtschun, 17. März 1932.

Eine starke Gruppe Aufständischer, die mit der neuen Regierung unzufrieden ist, hat Petuna eingenommen. Die Abteilung ist mit Artillerie versehen und befestigt ihre Stellungen in der eroberten Stadt.

120 Personen sind wegen zivilen Ungehorsams in Bromberg verhaftet worden

## De Valeras Pläne

### Abwendung von England

Dublin, 16. März 1932.

Ministerpräsident De Valera erklärte einem Pressevertreter, er beabsichtige, in der nächsten Sitzung des Kabinetts ein Dekret vorzuschlagen, durch das das kürzlich erlassene Gesetz über die öffentliche Sicherheit aufgehoben wird. Ferner habe er die Absicht, vor den Verhandlungen zwischen England und Irland keine weitere Rate der Jahreszahlungen an England zu entrichten, da er der Auffassung sei, daß keine gesetzliche Verpflichtung für die Entrichtung solcher Jahreszahlungen bestehe. Er werde daher auch verlangen, daß die bereits entrichteten Jahreszahlungen, die sich auf dreißig Millionen Pfund Sterling belaufen, zurück-erstattet werden. De Valera gab ferner der Hoffnung Ausdruck, daß die unnatürlichen Grenzen zwischen Nord- und Südirland eines Tages beseitigt werden.

## Großer Oeltankbrand

In dem Oellager der großen Tankanlagen der Stettiner Dapolin-Gesellschaft brach am Donnerstag mittag Feuer aus.

## Tagung des I. G. B. in Bern

Der Internationale Gewerkschaftsbund ist in Bern zu einer Ausschluß-Sitzung zusammengetreten, die sich vor allem mit der Vereinheitlichung der Aktion der Arbeiterklasse im Kampfe gegen die Weltkrise und mit der Festlegung des Standpunktes der Arbeiterschaft auf dem Gebiet der internationalen Finanzpolitik beschäftigen wird.

Zur Vorbereitung der Tagung trat der Vorstand des IGB zu einer Sitzung zusammen, auf der beschlossen wurde, daß im April in Genf eine Tagung der gewerkschaftlichen Landeszentralen stattfinden soll, und zwar auch der außereuropäischen. Diese Tagung wird sich in erster Linie mit der Wirtschaftskrise und ihren Folgen und den sich daraus ergebenden Aufgaben für die Gewerkschaftsbewegung zu befassen haben.

Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, trat für Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden ein und betonte die Notwendigkeit der Bereitstellung von öffentlichen Arbeiten als wirksames Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Leipart referierte über die Weltwirtschaftslage. Er forderte die Stabilisierung der Währungen als Voraussetzung für einen Gesundungsprozeß der Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit könne nur gemildert werden, wenn man die vorhandene Arbeit verteilt. Da die private Wirtschaft versage, sei der einzig gangbare Weg zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das von der öffentlichen Hand ausgehen müßte.

Jouhaux-Frankreich schlug vor, daß die privaten Bauten derjenigen europäischen Länder, die einen Goldüberschuß haben, einen Teil ihrer Goldreserven für eine Arbeitsbeschaffungsanleihe zur Verfügung stellen.

## Die blutige Internationale will verdienen

TU, Kopenhagen, 16. März 1932.

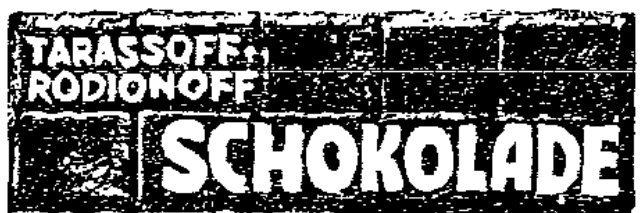
Im Landsting wurde der Abrüstungsvorschlag der Regierung Stauning, der bekanntlich im Folketing angenommen worden ist, in zweiter Lesung abgelehnt, mit dem Hinweis, daß eine dritte Lesung nicht stattfinden wird.

## Agrarreform in Spanien?

Madrid, 16. März 1932.

Der Minister für Landwirtschaft, Industrie und Handel hat den Text des Gesetzentwurfes über die Agrarreform, der demnächst vom Parlament beraten werden wird, bekanntgegeben. Der Gesetzentwurf sieht im wesentlichen die Durchführung der bäuerlichen Siedlung auf den ehemaligen Lehngütern und den staatlichen Ländereien der Provinzen Andalusien, Estremadura, Toledo, Ciudad Real, Albacete und Salamanca vor.

Es ist schon jetzt zu bezweifeln, daß diese Agrarreform mehr bringt als kleine Konzessionen an die noch vorhandene revolutionäre Stimmung in Spanien. Die Kräfte gegen durchgreifende Maßnahmen sind schon längst stark genug, um ernsthafte Reformen zu verhindern. Koalitionsregierung — das ist die Erklärung dafür.



Copyright by Franz Pfeffert, Berlin-Wilmersdorf.

### 2. Fortsetzung.

Wieder läuft es ihr kalt über den Rücken. Eine Gänsehaut bedeckt ihre Arme. Mit erschrockenem Blick schreitet Elena gehorsam hinter dem dunklen Rücken des Blondens zur tabakfarbenen seidenden Portiere. Vor ihr ein tiefblaues gotisches Zimmer. Am Fenster steht ein hoher dunkler Schatten, der nun sich bewegend Platz an dem Tisch nimmt.

„Schön, Genosse Horst, lassen Sie mich mit ihr allein und bestellen Sie dem Genossen Lipschajewitsch, daß er niemand zu mir hereinläßt. Niemand — er soll dem Kurier es auch sagen.“

„Was will er?“ durchflog ein widerwärtiger Funke Elenas Gehirn.

Doch welche eine tiefe, sympathische Stimme...

Horst ging hinaus.

„Ich bin der Vorsitzende der hiesigen Tscheka, Bürgerin Walz, Sudin,“ sagt der Unbekannte. Auf einmal verliert Elena die Angst. Wie wenn ein alter Bekannter, den sie zufällig trifft, ihr eine interessante Geschichte erzählt. Das düstere Blau der Wände erscheint wie ein Abgrund neben der goldenen Seide der Fensterportiere. Die Rahmen ragen am Fenster, als wären sie ohne Glas. Als ob die düstere Hölle der Straße vermischt mit dem Dunste des Motors frei in das Zimmer dringe. Und hier an dem Tische, beim Lärm der kreischenden Trambahn, sitzt ein unbekannter — Bekannter.

Worüber spricht er so lange? Jetzt unterscheidet Elena genau sein Gesicht: nager, bleich, mit großen Augen, ein farblos

# Moskau zieht Fazit

## Das Versagen der KPD

Moskau (über Kowno), 17. März 1932

Die Moskauer politischen Kreise sind über den Ausgang der Wahlen in Deutschland enttäuscht. Die KPD habe es trotz der großen Arbeitslosigkeit nicht verstanden, die Massen zu führen, und an Einfluß in der Arbeiterklasse stark eingebüßt. Die Nationalisten hätten es verstanden, den politischen Einfluß der KPD zu verringern.

\*

† Die Feststellung ist unbestreitbar. Die Komintern kann an den in die Augen springenden Tatsachen ja schließlich nicht vorbeigehen oder vorbeisehen. Aber das ist nur der erste Schritt. Der wichtigere zweite wäre die Revision der verfehlten Politik, für die in erster Linie die Komintern — und das heißt die russische KP bzw. ihre Führer — die Verantwortung trägt. Die Hindenburg-Wahl ist für die KPD und ihre Dirigenten ein flammendes Menetekel. Wenn die Leitung, das Ekki, aber nicht begreift, daß eine wahrhaft revolutionäre Politik nur mit der Mehrheit des deutschen Proletariats, nicht gegen es gemacht werden kann, daß eine wahrhaft revolutionäre Politik in Deutschland sich orientieren muß an den in Deutschland gegebenen Tatbeständen, so wird die KPD weiterhin nichts anderes erreichen, als die Konterrevolution in Deutschland zu stärken.

Den Anspruch auf Führung des deutschen Proletariats begründet man weder durch Parolenschusterei noch durch die immer erneut herausgeschrieene Forderung, sondern nur durch ein klares Aktionsprogramm, das in einzelnen den Ausweg aus der Krise zeigt und den Boden abgibt für die unerläßliche Einigung des klassenbewußten Proletariats; denn das ist die Voraussetzung für einen chancenreichen Kampf.

Von der Wirtschaftskrise und der konservativ-revolutionären Politik der SPD hat profitiert das Hakenkreuz; die KPD hält sich nur dank der verfehlten Politik der SPD. Aber sie kommt nicht weiter. Sie tritt wie die „Eiserne Front“ auf der Stelle. Und inzwischen marschiert der Faschismus. Inzwischen marschiert die Konterrevolution, wird die objektiv revolutionäre Situation durch diese beiden Parteien in ihr Gegenteil verkehrt. Und die Schuld der KPD ist dabei nicht geringer als die der SPD. Das spüren Massen von Proletariern, und deshalb halten sie — gewöhnt an die Politik des „kleineren Uebels“ — immer noch fest an dem „kleineren Uebel“, das für sie die SPD darstellt.

Aller Spott über die SAP, die keinen „sozialen Raum“ vor sich habe, versagt angesichts dieser zermalmenden Tatsachen. Schlagworte wie „zentristisch“ ändern gar nichts an dem Umstand, daß zahllose Proletarier heute in Deutschland klassenideologisch heimatlos sind, daß sie sich hier in den Schutz des zerbröckelnden, nur nach außen fest aussehenden SPD-Parteigebäudes flüchten, dort einen Versuch mit dem Zelt der

KPD machen, aber es doch meist nur als Durchgangsstation benutzen, um abzuwandern ins politische Nichts oder gar zu Hitler zu stoßen.

So war es bis zur Gründung der SAP. Wir wissen sehr wohl, daß viele Proleten — mißtrauisch geworden — heute noch zögern, in der SAP die proletarische Heimat zu erblicken; aber wir sind ebenso sicher, daß, so wie die aktivsten Elemente heute schon zu uns stoßen, auch große Massen diesen Übergang vollziehen werden, wenn sie erkennen, daß die SAP, ohne Illusionen zu erwecken, ohne mit Zauberworten zu operieren, ausspricht, was ist, und den Ausweg aus der Not durch ein klares Wirtschafts- und Kampfprogramm zeigt.

Die ersten mühseligen Schritte zur Einheitsfront des Proletariats, der Klasse, sind uns hier und da bereits gelungen. Wir stehen am Anfang. Wir täuschen uns nicht über die Schwere der Aufgabe. Aber wir wissen, und das gibt uns Kraft und Zuversicht: eine sozialistisch-revolutionäre Partei in Deutschland ist existenznotwendig. Nicht die SPD, nicht die KPD kann behaupten, daß sie es ist. Zur Einigung der Klasse bedarf es einer neuen Organisation. Die Existenznotwendigkeit der SAP wird bestätigt durch die Wahl vom 13. März.

## Geschichten vom Osaf

Das haben wir nun von den verdammten Abkürzungen. Und immer, wenn wieder einmal etwa schief geht, sind die Juden und die Radfahrer daran schuld.

Da haben sie nun in der NSDAP so herrliche Titelabkürzungen erfunden, und der Titel schónsten einer ist der Osaf. Das klingt doch nach etwas, da liegt doch noch Musike drin, in Osafs Zeichen wollen wir siegen.

Und nun stellen Sie sich die bösen Juden vor: Die Juden haben damals, als sie noch in Palästina saßen, einmal einen König gehabt mit dem hübschen Namen Hiskija. Und dieser König Hiskija hatte einen Ministerpräsidenten, meinetwegen auch einen obersten Regierungsrat, kurz gesagt: so einen richtigen Osaf. Und dieser Osaf — bitte, erschrecken Sie nicht! — der war nicht bloß ein Osaf, sondern, verzeihen Sie das harte Wort — der hieß auch Osaf. Wer's nicht glaubt, der soll einmal die Bibel aufschlagen. Altes Testament.

Osaf Hitler als jüdischer Ministerpräsident — Kinder, lacht nicht, Fasching ist schon vorüber...

## Die „Preußen des Ostens“ folgen dem Vorbild

Antlich wird gemeldet, daß die japanische Regierung am Mittwoch beschlossen hat, 2000 Lehrer aus dem Staatsdienst zu entlassen. Diese Maßnahme erfolgt aus Ersparnisgründen. Die Entlassungen sollen jedoch nur für das Jahr 1932 gelten.

## Internationaler Fünfjahresplan gegen Arbeitslosigkeit

Paris, 17. März 1932.

Eine Abordnung des französischen Ausschusses für europäische Zusammenarbeit hat unter Führung des früheren Ministers Borel dem Handelsminister Rollin einen Fünfjahresplan für internationale öffentliche Arbeiten überreicht. Dieser Plan ist von dem Berichterstatter Delaisi ausgearbeitet worden. In der Denkschrift stellt der Ausschuß fest, daß die Unterstützungen für die Arbeitslosen der europäischen Industrie zur Zeit mehr als fünfzig Milliarden Franken jährlich betragen. Wenn dieser Zustand anhalte, sei eine rasche Verarmung unausbleiblich. Durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in den europäischen Oststaaten lasse sich der europäischen Industrie ein neues und dauerndes Absatzgebiet schaffen. In den europäischen Agrarländern ständen heute etwa 60 Millionen Bauern außerhalb des Umsatzkreislaufes, was vor allem auf den Mangel an Beförderungsmöglichkeiten zurückzuführen sei. Der Ausschuß ersuchte den Minister, den Fünfjahresplan den Völkern, dem Europäischen Studienausschuß sowie dem am 20. März in Paris zusammentretenden Ausschuß für öffentliche Arbeiten zur Prüfung vorzulegen.

Handelsminister Rollin betonte, daß der Plan im Rahmen der französischen Bestrebungen liege und in das Programm hineinpasste, das die Regierung im Mai 1931 dem Völkerbund vorgelegt habe.

## Es kracht überall

### Große französische Textilfabrik zusammengebrochen

Eine der größten französischen Textilfabriken, die Gesellschaft für Leinenindustrie (Comptoir de l'Industrie Linière), die über ein Kapital von 32 Millionen Franken verfügt, hat am Mittwoch Konkurs erklärt. Die Gesellschaft besaß in Nordfrankreich bedeutende Textilfabriken, außerdem besaß sie einige große Geschäftshäuser in Paris. Sie gehörte zu den ältesten und angesehensten Textilfirmen Frankreichs.

## Petroleumvorkommen in Argentinien

Wie Havas aus Buenos Aires meldet, sollen russische Geologen in der Gegend von Borrucayo und Tucuman Petroleumvorkommen entdeckt haben. Daraufhin sei nunmehr unter dem Vorsitz des ehemaligen Unterrichtsministers Gallo eine Gesellschaft zur Ausbeutung dieser Petroleumvorkommen mit einem Kapital von 5 Millionen Piaster gegründet worden, die im Mai drei Schächte zur Sondierung anlegen lassen will.

## Vulkanausbrüche in Ostindien

Wie zu den Vulkanausbrüchen auf der Insel Nila in den Molukken (Holländisch-Ostindien) gemeldet wird, ist das Dorf Rumas Dai durch Erdbeben zum Teil zerstört worden. Die Pflanzungen sind vernichtet; die Bevölkerung hat Mangel an Lebensmitteln. Schiffe mit Lebensmitteln sind unterwegs.

Schnurrbart und ein keilartiges spärliches Bärtchen. Der schlecht rasierte Hals ist zusammengezogen vom Kragen eines schwarzen Oberhemdes und darüber ein dunkles Jackett. Wohl aus Arbeiterkreisen, denkt Elena.

Also so sieht er aus, dieser ... Sudin? Warum erschien er ihr früher in den Erzählungen ihrer Bekannten so schrecklich? Und warum hatte man sie bis zum ihm geführt? Ist es so ernst? Ach ja, dieser unglückselige Brief! ... Hat er ihn vielleicht selbst untergeschoben! Um sie alle nach Wahl zu erschließen?

Aber wovon spricht dieser Sudin? „Sie müssen erzählen, ohne vor mir etwas zu verheimlichen, alles genau.“ „Was soll ich erzählen?“

„Was ich Ihnen schon sagte: mit wem von diesen Männern standen Sie in intimen Beziehungen und wann?“

Wie ein Peitschenhieb ins Gesicht. Röte übergoß die Wangen Elenas.

Um keinen Preis! Niemals! Was denkt er? Weil sie eine Ballerine ...

Und Tränen in mächtigem Strome und springendem Regen verwirren ihre Gedanken und ihre Gefühle. Gleichsam ein drückender Berg auf dem Herzen Elenas schmolz unter dem Tränenfluß.

Wo ist die Karaffe? Kein Mensch reicht ihr Wasser.

Sudin sitzt unbeweglich, wie vorher.

„Sie haben mich mißverstanden, Bürgerin Walz. Es war keinesfalls meine Absicht, Sie durch meine Fragen zu beleidigen oder ihre Ehre als Frau zu verletzen. Ich will nur Ihre Rolle, Ihre Rolle in dieser Angelegenheit, nicht auf der Bühne, aufklären.“

Oh, wie schnell wächst der grausame Ton seiner Stimme.

„Ihre Rolle nicht auf der Bühne, sondern Ihre Rolle als Frau, die sie leider unter diesen Männern gespielt haben. Die Politik ist eine sehr grausame Angelegenheit, Bürgerin Ballerine.“

„In dem Brief, den man unter dem Teppich an Ihrem Platze gefunden hat, ist die Rede vom Mord, vom politischen Mord unserer verantwortlichen Genossen. Und unter den Papieren einiger zusammen mit Ihnen verhafteter Personen fand man Briefe... von Ihnen. Ich hoffe, daß Sie jetzt begreifen, weshalb ich von Ihnen eine genaue, aufrichtige, jeder falschen Scham bare Antwort erwarte...“

Elena schweigt.

Ach, wie grausam ist es, wie ausgeklügelt grausam! denkt sie. Und wie ist es ihnen nur gelungen, alles, alles zu erfahren?... Briefe von mir... bei wem... haben sie sie gefunden?

Aber Sudin beobachtet sie nicht mehr: er wendet sich ab, zum Fenster. Vielleicht ist es so besser. Keine Augen zu sehen, wenn man davon spricht. Warum vernimmt sie nicht eine Frau? Übrigens, nein, nein, nur keine Frau... Eine Frau würde das nicht verstehen.

Wie schrecklich! denkt Elene laut.

„Leidenschaften sind eine natürliche Sache, wir sind alle keine Heiligen, und irren ist menschlich. Das ist keine Schande!“ ermunterte sie Sudin durch einige freundliche Worte. „Genieren Sie sich nicht. Ihr Geheimnis wird hier im Zimmer für ewig begraben werden und kommt nicht zu Papier. Ich habe absichtlich befohlen, alle Türen zu schließen.“

Aber wie darauf antworten. Mit wem war sie intim? Nun ja, der Offizier Kowalensky, aber das ist schon lange... lange her, am Beginn des Krieges. Er holte sie aus dem Theater ab, kam in ihre Wohnung... und dann... dann... haben sie sich lange nicht mehr getroffen. Er war an der Front... Und jetzt... jetzt... ja, er hatte sie einmal besucht. In seiner Wohnung war sie kein einziges Mal.

„Mit wem noch?“

„Der Schauspieler des Lustspieltheaters Barjalowski, der war ja bei Ihnen zur Vernehmung. Das Bühnenleben bringt einander nah, aber wir nehmen es selbst nicht ernst. Das selbe... dieser Gitanow... er hat ihr

lange und beharrlich nachgestellt. Er ist sehr herzlich... gut und komisch... er hatte auch sehr gut verdient...“

Weiter war unter den Verhafteten... glaube ich, keiner...“

„Und Finikow?“

„Finikow?! Nein! Ich sage Ihnen doch: ich habe ihn zum erstenmal getroffen. Wir wurden hier bei Gitanow bekannt. Er war übertrieben höflich, aber schweigsam. Ich habe mit ihm fast kein Wort gewechselt.“

Ob sie Geld von Männern genommen habe? Wieder wurde sie dunkelrot, und Tränen füllten ihre Augen.

„Wie? auch das müssen Sie wissen?!... Gibt es für Sie nichts Heiliges, gibt es denn kein weibliches Geheimnis? ...“

Ob sie Geld bekommen hat?... Ja, ja... sie hat bekommen... viel... von allen... „Ach, wenn Sie gewußt hätten, Genosse Sudin...“

Was sprichst du, was sprichst du, „Genosse“?

„Nein, nein, nein!“ schreit Elena verzweifelt.

Wenn Sie nur gewußt hätten, Genosse Sudin, aus dem Munde und aus den Augen Elenas fließt alles zusammen auf ihre Brust.

„Wenn Sie nur das Leben einer Ballerina gekannt hätten, wenn sie mit fünfzehn Jahren gezwungen wird... ja, ja, gezwungen wird... an dieser Tradition hält das Ballett fest, gezwungen wird... ihren Körper schmutzigen, schwitzenden Männern zu verkaufen! ...“

Lieber Sudin!... Genosse Sudin!... Nein, Sie hätten nach mir nicht mit Schmutz geworfen... Dieses klebrige Leben... klebrige Leben... das hat uns besudelt... und es gibt für uns widerliche verlorene Wesen keine Rettung...“

Wenn man mir... wenn man mir... die Möglichkeit, ein Stück Brot... ein Stück ehrliches Brot zu verdienen, gegeben hätte... würde ich denn... Ach, wozu das alles Ihnen erzählen!... Sie kennen ja den Abgrund... den ganzen Abgrund nicht!